

Zunehmender Entscheidungsdruck, institutionalisierte Handlungsschwächung und Zerfall der hierarchischen Organisationsstruktur, Aspekte des Zusammenbruchs des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes

Weinert, Rainer

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Weinert, R. (1997). Zunehmender Entscheidungsdruck, institutionalisierte Handlungsschwächung und Zerfall der hierarchischen Organisationsstruktur, Aspekte des Zusammenbruchs des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Differenz und Integration: die Zukunft moderner Gesellschaften ; Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie im Oktober 1996 in Dresden ; Band 2: Sektionen, Arbeitsgruppen, Foren, Fedor-Stepun-Tagung* (S. 841-845). Opladen: Westdt. Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-137874>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public. By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

sondern auch durch Deutungen, eingelebte Handlungsroutrinen und Wertorientierungen der strategischen Akteure in den Wohlfahrtsverbänden. Diese Wissensbestände tragen maßgeblich dazu bei, daß sich die Wohlfahrtsverbände in den neuen Bundesländern zu »Versorgungsbetrieben für soziale Sicherheit und Gleichheit« entwickelt haben. Da viele der beschriebenen Orientierungen in der Konstitutionsphase äußerst funktional sind und Kompetenzen darstellen könnten, die die Anpassungs- und Überlebensfähigkeit der Organisation erhöhen, werden dauerhaft Weichen gestellt, die die Gestalt der Institution der freien Wohlfahrtspflege in den neuen Bundesländern nicht nur in einer Anfangsphase sondern längerfristig prägen werden.

Literatur

- Angerhausen, Susanne; Backhaus-Maul, Holger; Offe, Claus; Olk, Thomas; Schiebel, Martina 1995, Transformation intermediärer Organisationen im Sozialbereich der neuen Bundesländer. Bericht an die Deutsche Forschungsgemeinschaft, Bremen; Halle, unv. Ms.
- Angerhausen, Susanne; Backhaus-Maul, Holger; Offe, Claus; Olk, Thomas; Pabst, Stefan; Schiebel, Martina 1996, Transformation intermediärer Organisationen im Sozialbereich der neuen Bundesländer. Das Personal intermediärer Organisationen in den neuen Bundesländern: sozialpolitische Konzepte, berufliche Orientierungen und organisationsbezogene Handlungsdispositionen. Bericht an die Deutsche Forschungsgemeinschaft, Berlin; Bremen; Halle, unv. Ms.
- Offe, Claus 1991, Die deutsche Vereinigung als »natürliches Experiment«. In: Bernd Giesen; Claus Leggewie (Hg.), Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch. Berlin: 77-86.

Susanne Angerhausen/Stefan Pabst, Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik, Parkallee 39, D-28209 Bremen

4. Zunehmender Entscheidungsdruck, institutionalisierte Handlungsschwächung und Zerfall der hierarchischen Organisationsstruktur. Aspekte des Zusammenbruchs des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes

Rainer Weinert

1. These

Die These meines Beitrags ist, daß der dramatische Zusammenbruch des FDGB innerhalb weniger Monate ein Binnenproblem der DDR darstellt; ich analysiere diesen Kontext handlungstheoretisch mit einem sich selbstbeschleunigenden Prozeß von zunehmenden Entscheidungsdruck, fortschreitender institutionalisierter Handlungsschwächung und dem Zerfall der hierarchischen Organisationsstruktur. Die Bedingungen dieser Zusammenbruchssyndromatik resultieren einerseits aus dem Scheitern der versuchten Selbsttransformation der Massenorganisation FDGB in eine authentische Arbeitnehmerinteressenvertretung, andererseits dem frühen Legitimationsentzug betrieblicher FDGB-Instanzen, die vielfach die betriebliche Basis des FDGB zerstörte. Aus dieser Entwicklung folgt drittens, daß die Politik der westdeutschen Gewerkschaften für diesen Zusammenbruch marginal ist,

diese wird erst später, ab Anfang 1990, unter dem Aspekt der Umsetzung des Institutionentransfers bedeutsam. Dieser Beitrag ist politisch-soziologisch ausgerichtet, fokussiert den FDGB als politische Institution und ist insofern der westlichen Kommunismus-Forschung verpflichtet, insbesondere den Arbeiten von Reinhard Bendix, T.H. Rgbys, M. Rainer Lepsius und Theo Pirker, nicht so sehr der Gewerkschaftsforschung bzw. industriellen Beziehungs-Forschung.

II. Zunehmender Entscheidungsdruck und institutionalisierte Handlungsschwächung

Im Herbst 1989 erhöhte sich nicht nur der Entscheidungsdruck für den FDGB, sondern es wurde auch seine Handlungsschwächung offensichtlich. Diese für den FDGB äußerst negative Konstellation ergab sich aus dem faktischen Verzicht der SED auf sein Führungsmonopol, womit die normativen und politischen Voraussetzungen für das institutionelle Handeln des FDGB entfielen. Der FDGB-Vorsitzende versuchte dieses Dilemma dadurch zu lösen, indem er nach den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR den Werktätigen eine Dialogbereitschaft signalisierte (*»Tribüne«* vom 13.10.1989), ein Angebot, das wenige Tage danach vom FDGB-Organ wiederholt wurde. Jetzt sollten sich alle Werktätigen mit Meinungen und Vorschlägen am öffentlichen Gedankenaustausch beteiligen (*»Tribüne«* vom 19.10.1989), was eine wahre Flut von Leserzuschriften auslöste. Diese vorsichtige Öffnung des FDGB wurde ihm später zum Verhängnis, da die Werktätigen mehr wollten als nur unwesentliche Korrekturen der bestehenden Strukturen. Aber der FDGB verharnte in der alten Struktur, ein Immobilismus, der in dem vergeblichen Versuch des FDGB-Vorsitzenden, Harry Tisch, gipfelte, durch einen Beschluß des Politbüros (auf der Sitzung am 29.10.1989) die Rückendeckung der Parteiführung zu erhalten – was das Politbüro jedoch unterließ –, nachdem sich die Stimmen für seinen Rücktritt in den Betrieben merklich erhöht hatten. Diese beharrende Orientierung war jedoch nicht nur beim Vorsitzenden feststellbar, sondern traf für den gesamten Bundesvorstand zu; nach dem Sturz Honeckers und der sich massiv verbreitenden Protestwelle im Land wurde im FDGB-Bundesvorstand über die von Harry Tisch am 31. Oktober 1989 gestellte Vertrauensfrage nicht abgestimmt, weil zum damaligen Zeitpunkt dem Vorsitzenden das Vertrauen nochmals ausgesprochen worden wäre; noch Ende Oktober 1989 bekannte sich der Bundesvorstand des FDGB zum Führungsanspruch der SED (*»Tribüne«* vom 1.11.1989). Insofern »befreite« sich zunächst die SED durch Aufgabe ihres Monopolanspruch vom FDGB, der hernach auf sich selbst verwiesen war. In Ermangelung anderer politisch-ideologischer Bezugssysteme perpetuierte der FDGB jedoch sein traditionelles Verständnis.

Diese Kontinuität im staatsgewerkschaftlichen Selbstverständnis zeigte sich a) vor allem bei der Vorlage des Gewerkschaftsgesetzes (*»Tribüne«* vom 18.12.1989) und dem darin enthaltenen ordnungspolitischen Programm, dem undemokratischen Gesetzesinitiativrecht der Gewerkschaften für die Volkskammer; b) bei dem FDGB-Ferendienst: Alle Reformvorstellungen des FDGB in den Umbruchmonaten gingen von der Kontinuität seines Reisedienstes aus, Verteilungsmodalitäten, Auswahlverfahren, Preise und politische Funktionen des Reisedienstes setzten jedoch die Fortexistenz des SED-Staates voraus.

*III. Der Zerfall der hierarchischen Organisationsstruktur Ende 1989**a) Die Entwicklung auf zentraler Ebene*

- 1) Am 18. Oktober 1989 wurde Erich Honecker abgelöst; auch Forderungen nach dem Rücktritt des FDGB-Vorsitzenden häuften sich. Am 31. Oktober begann die 10. Tagung des FDGB-Bundesvorstands, die jedoch keine Änderung der FDGB-Politik brachte. Auf Empörung stieß insbesondere die Absicht, die Sitzung um zwei Wochen zu vertagen – und damit auch den von der Basis eingeforderten Rücktritt Harry Tisches. Das Bekanntwerden dieser Vertagungsabsicht rief massive Proteste in der ganzen DDR hervor und zwang die FDGB-Führung zur Fortsetzung der Tagung am schon 2. November 1989, auf der der FDGB-Vorsitzende schließlich seinen Rücktritt erklärte. Innerhalb von drei Tagen wird die interne Hegemonie des FDGB – im Sinne der Funktionstüchtigkeit einer kommunistischen Kaderorganisation – erheblich aufgezehrt, Mobilisierungsprozesse »unten« durchbrechen die straffe hierarchische Organisationsstruktur der Massenorganisation und führen zur Aufhebung eines gefaßten Beschlusses »oben«.
- 2) Nach dem Rücktritt des FDGB-Vorsitzenden mußte im Apparat des FDGB die »Kaderfrage« gelöst werden. Nach üblichem Muster, d.h. nach einem entsprechenden Beschluß des Sekretariats des Zentralkomitees am 1.11.1989, fiel die Wahl auf Ernst Schladitz, Kandidat des ZK der SED, Mitglied des Präsidiums und Vorsitzender des Bezirksvorstandes des FDGB Magdeburg (Eckelmann 1990: 147). Schladitz lehnte jedoch ab. Die Abweisung eines zentralen Kadervorschlags – bei nach wie vor obwaltenden Konformitätszwang – in einer politisch zugespitzten Situation muß als ein zentraler Indikator für den Zusammenbruch des Nomenklatur-Systems insgesamt gewertet werden. Gleichzeitig verdeutlicht dieser Vorgang, daß weder der Partei noch der Massenorganisation im Falle einer Abweisung einer angetragenen Kaderposition keinerlei Sanktionsmöglichkeiten mehr zur Verfügung standen. Entsprechend fiel die Wahl auf Repräsentanten der »zweiten Reihe« (Als Nachfolgerin Harry Tisches wurde am 2.11.1989 Annelies Kimmel gewählt, die schon auf der 12. Tagung des FDGB-Bundesvorstandes am 9.12.1989 wieder zurücktrat; daraufhin wurde ein sog. Vorbereitungskomitee für den Außerordentlichen Gewerkschaftskongreß des FDGB am 30.1. und 1.2. 1990 unter der Leitung Werner Peplowskis, Vorsitzender der IG Druck und Papier, eingesetzt). Die Auflösung der internen Hegemonie erreichte auf dem chaotisch ablaufenden Außerordentlichen FDGB-Kongreß am 30.1. und 1.2. 1990 in Berlin mit der »Zufallswahl« von Helga Mausch als neuer FDGB-Vorsitzenden, einer bis dahin völlig unbekannten FDGB-Funktionärin, ihren Höhepunkt.
- 3) Ein anderer, scheinbar nebensächlicher, für das Funktionieren des FDGB jedoch wichtiger Aspekt, war die Abschaffung des umfangreichen Berichtswesens durch die Interimsvorsitzende Annelies Kimmel. Diese Maßnahme wurde von den FDGB-Funktionären auf der Betriebs-, Kreis- und Bezirksebene mit großer Erleichterung aufgenommen, da die extensive Berichtspflicht einen großen Anteil ihrer Arbeitszeit in Anspruch genommen hatte. Für die alten FDGB-Leitungskader war dies hingegen eine törichte, populistische Maßnahme, da nun die FDGB-Zentrale über keine gesicherten, regelmäßigen Informa-

tionen aus den Betrieben mehr verfügte: Der FDGB-Führungsapparat hing gewissermaßen »in der Luft«. Mit dem irreversiblen Verlust des Informationsmonopols der FDGB-Zentrale war ihr nicht nur die Basis ihrer Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit entzogen, sondern zugleich ihr Führungsanspruch in der Massenorganisation in Frage gestellt worden.

b) Die Entwicklung auf betrieblicher Ebene

In der ohnehin aufgeheizten Situation im Herbst 1989 kam es zu zwei denkwürdigen Auftritten Harry Tisches einmal in Boizenburg und später bei Bergmann-Borsig in Berlin. In Boizenburg hatte Tisch versucht, den dort seit Jahren schwelenden Streit um die Prämien mit dem mangelnden Engagement der Betriebs-Gewerkschaftsleitung zu erklären, was in den Betrieben allgemein als eine Flucht der FDGB-Führung aus seiner Verantwortung interpretiert wurde und zu massiven Protesten führte. In den folgenden Wochen machte sich der aufgestaute Unmut vor allem auf Vertrauensleuteversammlungen Luft, der in einen rapiden Legitimationsentzug des FDGB mündete. Legitimationsentzug konnte (passiv) die Stornierung der Beitragszahlungen bedeuten, die den FDGB in wenigen Monaten in die Zahlungsunfähigkeit führte, sowie aktiv die Abwahl der alten BGL-Repräsentanten: »In vielen Fällen traten diese (alten BGL-Kader, d. Vf.) aus Hilflosigkeit gegenüber den FDGB-Skandalen zurück, in anderen Fällen wurden sie von Mitglieder- und Vertrauensleuteversammlungen von ihren Posten vertrieben.« (Kädler/Kottwitz 1994: 23). Auf der betrieblichen Ebene wurde innerhalb weniger Wochen mit der beinahe vollständigen Ablösung der bisherigen gewerkschaftlichen Funktionselite ein Strukturbruch vollzogen, wie das in unserer Untersuchung über die Bildung von Betriebsräten in Ostdeutschland nachgewiesen wurde (vgl. Kädler/Kottwitz/Weinert 1996: 47).

IV. Zur Bedeutung der Politik der westdeutschen Gewerkschaften

Die westdeutschen Gewerkschaften spielten bei dem Prozeß der zunehmenden Desorganisation und Diskreditierung des FDGB zunächst keine aktive Rolle. Indirekt insofern schon, als für die Werktätigen der DDR ein institutionalisiertes und gesetzlich verankertes Alternativmodell der gewerkschaftlichen und betrieblichen Interessenvertretung sozusagen direkt vor der Haustür stand. Dieses hatte nicht nur in der Umbruchphase der DDR seine Attraktivität bei den Werktätigen entfaltet, sondern war von ihnen seit langem als heimlicher Referenzrahmen wahrgenommen worden (vgl. Weinert 1993). Jedoch hielten sich die Gewerkschaftsführer auf beiden Seiten bis zum Außerordentlichen FDGB-Kongreß am 30.1. und 1.2.1990 an die alte Handlungsmaxime der strikten Nichteinmischung. Erst danach, insbesondere im Vorfeld der Währungsunion setzte in den DGB-Gewerkschaften ein Prozeß der Umorientierung ein, der schließlich die Phase der Einmischung mit dem Ziel der »Gewerkschaftseinheit« in Gang setzte.

V. Resümee

Zunehmender Entscheidungsdruck, fortschreitende institutionalisierte Handlungsschwächung und Zerfall der hierarchischen Organisationsstruktur »ent-optionalisierten« den Handlungsrahmen des FDGB. Durch diese Negativsyndromatik schied eine Selbsttransformation der Massenorganisation aus. Eine andere Alternative wäre eine Neugründung einer Reform-Gewerkschaft in der DDR jenseits des FDGB gewesen, getragen von der moralisch-politischen Autorität der DDR-Bürgerbewegungen; dies war aber zu keinem Zeitpunkt eine realistische Alternative, da Gewerkschaften nicht im Mittelpunkt des politischen Denkens und Handelns dieser Bürger-Bewegungen standen (vgl. Templin 1993). Nachdem diese beiden Optionen ausschieden, verblieb nur eine Handlungsstrategie, die sonst allen anderen Transformationsgesellschaften des ehemaligen Ostblocks verwehrt war: die vollständige Übertragung einer westlichen Institutionenordnung auf die DDR.

Literatur

- Eckelmann, Wolfgang 1990, Die »Kampfgemeinschaft« zwischen SED und FDGB. In: Ders., Hans-H. Hertle und Rainer Weinert, FDGB intern. Innenansichten einer Massenorganisation der SED, Berlin-Ost: 100-148.
- Kädtler, Jürgen/Kottwitz, Gisela 1994, Industrielle Beziehungen in Ostdeutschland: Durch Kooperation zum Gegensatz von Kapital und Arbeit? In: Industrielle Beziehungen 1: 13-38.
- Kädtler, Jürgen/Kottwitz, Gisela/Weinert, Rainer 1996, Betriebsräte in Ostdeutschland, Opladen.
- Templin, Wolfgang 1993, Die Politik des DGB gegenüber SED und FDGB aus der Sicht der DDR-Opposition. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 44: 31-35.
- Tribüne, Organ des FDGB 1989, (Ausgaben von September bis Dezember).
- Weinert, Rainer 1993, Massenorganisationen in mono-organisationalen Gesellschaften. In: Hans Joas, Martin Kohli (Hg.), Der Zusammenbruch der DDR, Frankfurt/M: 125-150.

Priv.-Doz. Dr. Rainer Weinert, FU Berlin, Fachgruppe Politische Wissenschaft (FB 15), Malteserstr. 74-100, D-12249 Berlin

5. Differenzierungen sozialer Des- und Reintegration Arbeitsloser in den neuen Bundesländern

Toni Hahn und Gerhard Schön

Eintritt in Arbeitslosigkeit und ihr folgende Karrieren werden von uns als ein möglicher Ausgangspunkt für soziale Des- oder Reintegration in der Gesellschaft betrachtet.

Gegenstand der Analyse ist nicht nur der Stellenwert des ein- oder mehrmaligen Ereignisses der Arbeitslosigkeit, sondern sind Art, Häufigkeit sowie Dauer von Aufenthalten in verschiedenen möglichen Erwerbsstatus (etwa Teilnahme an Arbeitsmarktmaßnahmen, reguläre Wiederbeschäftigung).

Daß Arbeitslosigkeit innerhalb der sich neu gestaltenden Sozialstruktur Ostdeutschlands eine gewichtige Differenzierungsdimension darstellt, ist unbestreitbar. Denn sie ist hier